

Begegnung zwischen Ost und West

250 000 auf dem Evangelischen Kirchentag — Zonen-Gäste herzlich aufgenommen

Hamburg (Eigenbericht). Eine Begegnung zwischen Ost und West, die alle Beteiligten tief beeindruckt hat, war der 5. Deutsche Evangelische Kirchentag in Hamburg, an dem 10 000 Bewohner der Sowjetzone teilnahmen. Ihre Anwesenheit galt als das größte Ereignis dieses Treffens, zu dem sich insgesamt 250 000 Menschen, darunter 45 000 Dauerteilnehmer, versammelt hatten.

Schon bei ihrer Ankunft auf dem Grenzbahnhof Büchen wurden die Gäste aus der Zone so überströmend herzlich empfangen, daß manchen Tränen der Freude in den Augen standen. Zur Begrüßung hatten sich so viele Menschen eingefunden, daß eine Besucherin aus der Zone erstaunt fragte: „Sind alle diese Leute freiwillig hierher gekommen?“

Aus allen Teilen der Bundesrepublik waren umfangreiche Geld- und Sachspenden für die Unterbringung und Verpflegung der Gäste aus der Zone eingegangen. Die Bundesregierung hatte allein 200 000 DM für die Bruderhilfe zur Verfügung gestellt.

Ganz Hamburg bemühte sich, den Sowjetzonen-Gästen zu zeigen, wie sehr man sich über ihren Besuch freute. Und die Gäste selbst kamen aus dem Staunen über die Gastfreundschaft und das Leben in dem „Tor zur Welt“, der größten Stadt des Bundesgebietes, nicht heraus. Die Hamburger wiederum waren erschüttert von der Glaubenszuversicht der Menschen aus Mitteldeutschland.

Dieser Geist des Kirchentages eroberte die gesamte sonst so kühle Hansestadt. Tief beeindruckt sagten die Hamburger nach dem „Abend der Begegnungen“, an dem sich 50 000 Menschen in den Anlagen der Außenalster trafen: „So etwas haben wir noch nicht erlebt.“

Sie blieben stehen, wenn nachmittags um 5 Uhr die Glocken auf dem Jungfernstieg neben dem Alsterpavillon läuteten, sie blieben am Abend auf der Reeperbahn stehen und sangen die Choräle mit. Sie blieben nicht nur Zuschauer, sondern wurden zur Gemeinde.

In den Arbeitsgruppen und bei den Diskussionen ging es sachlich, nüchtern zu.

Der Kirchentag, zu dem auch Bundeskanzler Dr. Adenauer für einen Tag nach Hamburg kam, war am Mittwoch vor der St.-Michaels-Kirche mit einem feierlichen Gottesdienst eröffnet worden, an dem 60 000 Menschen teilnahmen.

Während am ersten Arbeitstag des Kirchentages die Referate in den Arbeitsgruppen gehalten wurden, ging der Volksmissionarische Arbeitskreis auf die Straße. Er diskutierte u. a. mit Arbeitslosen vor ihrer Stempelstelle. Erst hörten zehn Leute zu, dann waren es 300, die schließlich die beiden Vertreter der Kirche in lebhaften Debatten verwickelten.

Der zweite und der dritte Tag standen noch stärker im Zeichen der volksmissionarischen Tätigkeit. Unter dem Motto „Wort an die Welt“ verkündeten Bischof Dibelius, Bischof von Schweden (Greifswald), Kirchenpräsident Niemöller, Landesbischof Schöffel und rund 50 andere Bischöfe, Pastoren und Laien die Losung des Kirchen-

tages „Werft Euer Vertrauen nicht weg!“

Etwa 100 000 Menschen nahmen an den drei großen Kundgebungen teil, die am Sonntag stattfanden. Bischof Dibelius sprach zu den Männern vor der Hauptkirche St. Michaelis, Landesbischof Lilje zu den Frauen in der Ernst-Merk-Halle und auf dem HSV-Platz fand ein großes Jugendtreffen statt.

Ein weiterer Höhepunkt des Tages war eine Sonderkundgebung für Kriegsgefangene und Internierte. Der Münchener Bischof Heckel, der Leiter des Evangelischen Hilfswerks für Internierte und Kriegsgefangene, stellte die Kriegsgefangenenfrage im Osten dar.

Aus Polen sind seit dem 1. Januar 1953 108 Gefangene heimgekehrt. In 92 Gefängnissen und einigen Arbeitslagern befinden sich noch rund 2000 Männer, Frauen und Jugendliche, die das Evangelische Hilfswerk betreut. Nur 780 Männer, Frauen und Kinder sind in den letzten zwei Jahren aus Rußland heimgekehrt.

Über dem Schicksal der 1,3 Millionen vermißten Wehrmachtangehörigen liegt Dunkel. Nur mit 16 457 Gefangenen in der Sowjetunion steht die Heimat in Verbindung. Es ist ungeklärt, was aus den rund 85 000 Gefangenen geworden ist, die sich noch in den Jahren 1946/48 in den Lagern der UdSSR befanden.

Diese Kundgebung war ein leidenschaftlicher Appell an die Gewehrstaaten des Ostens, alle noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen unverzüglich freizulassen.

An der Schlusskundgebung des Kirchentages am Sonntag nahmen 250 000 Menschen teil.

J. B. GRADL:

Deutsche EVG-Politik

Seit geraumer Zeit bereits begleitet die Opposition aller Schattierungen im Bundesgebiet Verzögerungen und Hemmungen der Europapolitik und insbesondere auch der EVG-Politik der Bundesregierung mit Genugtuung. Kennzeichnend ist die Bemerkung des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, in Baden-Baden finde die Abschiedsfeier der Europapolitik des Bundeskanzlers statt. Aber — unterstellt, es wäre so — läge darin wirklich ein Grund zur Schadenfreude? Für uns war die Politik der europäischen Zusammenfassung niemals bloß Mittel zum Zweck; wir sind der Überzeugung, daß die europäische Kleinstaaterei überwunden werden muß, wenn Europa wieder eigenständig neben den anderen großen Machtkomplexen bestehen will. Aber die Europapolitik und nicht zuletzt die Politik der Verteidigungsgemeinschaft war und ist uns allerdings zugleich auch Mittel zur Wiedervereinigung.

Solide Ordnung

Die robuste sowjetische Politik kann nur durch überzeugende Handlungen zur Einsicht gebracht werden. Das unentwegte Rufen nach Konferenzen und die ständige Erklärung der Bereitschaft, sich verständigen zu wollen, genügen niemals. Diese Bereitschaft muß da sein, sie muß auch gezeigt werden — aber sie muß untermauert sein von einer sehr konkreten Aktivität, die den Sowjets deutlich macht, daß die Situation für sie nicht besser wird, wenn sie nicht auch ihrerseits zum Verständigen und Einlenken bereit werden. Das gewissermaßen ist der gesamtdeutsche Sinn der Europapolitik, die eine solide und schließlich imponierende Zusammenordnung der hierfür zugänglichen europäischen Mächte erstrebt. Das ist insbesondere auch der deutsche Sinn der EVG-Politik.

Keine Bedrohung

Wir sind der Überzeugung, daß die Sowjets an Einsicht und Bereitschaft zum Einlenken be-

reits erheblich weiter wären, wenn die deutschen Verteidigungseinheiten, die der EVG-Vertrag vorsieht, nicht noch immer nur auf dem Papier stünden. Wohlgermerkt: nicht darauf kommt es an, deutsche Formationen bedrohlich hinzustellen. Dazu sind wir — selbst wenn die westeuropäischen Nachbarn es billigten — weder gewillt noch in der Lage. Wohl aber darauf, daß mit der tatsächlichen Schaffung eines deutschen Verteidigungskernes den Sowjets demonstriert würde, daß die Zeit nicht stillsteht.

Das aber ist das eigentlich Bedauerliche an der gegenwärtigen Situation. Daß nämlich der bisher gegebene Weg, das heißt der der EVG, insbesondere durch Frankreich blockiert wird und andere Wege nicht geöffnet sind. Dabei würde, wenn man heute so oder so mit der tatsächlichen Aufstellung deutscher Grundeinheiten begänne, in jedem Fall bis zur Erreichung eines deutschen Verteidigungskernes viel Zeit vergehen. Zeit, die mehr als ausreichend wäre für Ost-West-Konferenzen und für aus ihnen vielleicht resultierende Änderungen der Einordnung deutscher militärischer Kräfte in ein allseitiges Friedens- und Sicherheitssystem.

Greifbare Tatsachen!

Die westliche Politik beachtet zu wenig, daß die Weltanschauung der Sowjets der Materialismus ist und daß sie sich folgerichtig hauptsächlich von greifbaren Tatsachen beeinflussen lassen. So sind die Sowjets zweifellos vom 17. Juni außerordentlich beeindruckt — viel mehr, als sie erkennen lassen. So sind sie aber auch von anderen Geschehnissen stark angesprochen. Das anhaltende internationale Rätselraten um den inneren Sinn der sowjetischen Antwortnote auf die Einladung zur Außenministerkonferenz würde leichter, wenn man einige bemerkenswerte Tatsachen der jüngsten Zeit mit einbezüge.

Offensichtlich ist die Sowjetnote nicht bestrebt, das Zustandekommen der beabsichtigten Viererkonferenz zu beschleunigen. Die Zeit ist aber noch nicht lange her, da die Sowjets viel stärker auf eine Konferenz zu drängen schienen. Diese be-

merkenswerte Änderung erklären manche Kommentatoren mit der inneren Unstabilität des Kreml. Das kann so sein, aber es ist doch als Erklärung zu dürftig.

Gefährliche Illusion

Die Schaffung deutscher Verteidigungskräfte, deren bloße Ankündigung im vergangenen Jahr den Kreml zu politischer Aktivität brachte, steht noch immer auf dem Papier und scheint im Augenblick durch die französische Unentschiedenheit stärker als je gehemmt. Das Gesamtbild ist, daß die freie Welt mit ihrem derzeitigen Gebaren dem Kreml ein Einlenken nicht sehr zwingend erscheinen läßt. Auf längere Sicht gesehen würde der Kreml damit einen vielleicht furchtbaren Irrtum begehen. Aber es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Kreml aus der gegenwärtigen Zerfahrenheit im Westen sich zu der Illusion treiben läßt, die Zeit arbeite für ihn, er brauche nur zu warten. Daß die Sowjets einer solchen Illusion sehr zugänglich sind, hat sich bereits einmal gezeigt in den Jahren 1946 bis 1948. Die Sowjets spekulierten damals auf eine Weltwirtschaftskrise — und wagten den Zugriff auf Berlin. Solchen Zugriff wagen sie heute ganz sicher nicht. Aber auch ihre Illusionen von heute bergen Gefahren. Und auf alle Fälle kosten ihre Illusionen wertvolle Zeit. Unsere Zeit vor allem. Denn jeder Zeitverlust bedeutet Verlängerung der deutschen Teilung und Hinausschieben der Befriedung Europas.

Bereitsein und Handeln

Die Konsequenzen, welche die freiheitliche Politik daraus zu ziehen hat, ergeben sich von selbst. Der Gedanke der Viererkonferenz muß mit Entschiedenheit verfolgt werden, um die sowjetische Politik beschleunigt zu klarer Haltung zu bringen. Und damit aus der Konferenz nicht „langatmige Diskussionen“ werden und „langwierige Besprechungen, die zu nichts führen“ (wir zitieren mit Behagen die sowjetische Note), muß parallel damit die Politik eines deutschen Verteidigungsbeitrages aktiviert werden. Nur so — in einem echten Zusammenklang von Bereitsein und Handeln — kommen wir weiter.

Tag der deutschen Einheit

Bonn (AP). Das Gesetz über den „Tag der deutschen Einheit“, der künftig am 17. Juni als gesetzlicher Feiertag begangen werden soll, ist mit seiner Verkündung im Bundesgesetzblatt in Kraft getreten.

SED-Massenausschlüsse

Berlin (DPA). Zahlreiche bisher führende SED-Funktionäre sind in den letzten Tagen wegen „parteischädigenden Verhaltens“ im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni gemäßregelt bzw. aus der Partei ausgeschlossen worden.

Nach noch unvollständigen Meldungen wurden in der vergangenen Woche über 40 Mitglieder in den verschiedenen Bezirksleitungen der SED von dieser Säuberungsaktion betroffen.

Flucht aus dem Straflager

Berlin (DPA). Drei zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilte Ostberliner haben sich in Straflingskleidung nach abenteuerlicher Flucht in einem drei Tage andauernden Fußmarsch von einem Arbeitslager in Blumberg (Sowjetzone) nach Westberlin durchgeschlagen. Die Geflüchteten waren in verschiedenen Verfahren zwischen 1950 und 1951 wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen verurteilt worden.

Streiks im Kohlengebiet

Chemnitz (DPA). Aus der Sowjetzone werden immer neue Teilstreiks und sogenannte Arbeit-langsam-Aktionen gemeldet, mit denen die Arbeiter gegen das Sowjetzonenregime protestieren.

Nach Berichten der Chemnitzer SED-Zeitung „Volksstimme“ lassen anhaltende Teilstreiks im gesamten Steinkohlengebiet des Bezirks Chemnitz die Kohlenproduktion erheblich absinken. In wütenden Ausfällen wendet sich die SED-Zeitung gegen die Bergarbeiter, die jetzt zwar „offene Provokationen“ vermeiden, aber um so raffinierter ihre Arbeitsniederlegung mit mangelnder Arbeitsorganisation und fehlendem Material zu „bemänteln“ versuchten.

Bilanz deutscher Gesundheit

Ein Band Schicksalszahlen — Das Statistische Jahrbuch

Das neue Statistische Jahrbuch 1953 für die Bundesrepublik Deutschland bringt für jeden etwas. Man muß es nur lesen können, denn hinter diesen Zahlen wird sichtbar, was schon am Wiederaufbau geleistet worden ist.

Die meisten Auslands Gäste zählte Hamburg: 365 244. Westberlin hatte 72 958. Es kamen insgesamt 250 000 Amerikaner, mehr als 200 000 Holländer und nur 534 Genossen aus der Sowjetunion.

1952 wurden auf der Strecke Berlin—Hamburg 5834 Flüge ausgeführt und 77 488 Passagiere befördert, auf der Strecke Berlin—Frankfurt wurden mit 2373 Flügen 85 844 Personen befördert.

1948 wurden als Neuerkrankungen an aktiver Tuberkulose gezählt 161 953. 1951 war die Zahl auf 101 300 gesunken. In Westberlin gab es noch 1949 (Blockade) 12 380 Neuerkrankungen an Tuberkulose, 1951 nur noch 7881. Auch die Säuglingssterblichkeit sinkt. Im Jahre 1938 starben auf je 1000 Lebendgeborene im 1. Lebensjahr 60 Säuglinge, im Jahre 1948 nur noch 32, im Jahre 1951 nur noch 21.

kungen an Tuberkulose, 1951 nur noch 7881. Auch die Säuglingssterblichkeit sinkt. Im Jahre 1938 starben auf je 1000 Lebendgeborene im 1. Lebensjahr 60 Säuglinge, im Jahre 1948 nur noch 32, im Jahre 1951 nur noch 21.

1948/49 brachte den größten Kartoffelhunger. Pro Kopf wurden 219 kg verzehrt, im letzten Jahr war die Zahl auf 179 kg abgesunken. An Brotgetreide wurden 1947/48 126,3 kg verzehrt, im letzten Jahr 91,8 kg. Schweinefleisch gab es 1948/49 7,1 kg, im letzten Jahr dagegen 21,5 kg. Butter 1947/48 3,2 kg, 1951/52 6,7 kg, Margarine 1947-1948 1,1 kg, 1951/52 10,1 kg. Fette insgesamt 1947/48 5,8 kg, 1951/52 20,6 kg.

Am 1. Juli 1948 gab es 217 604 Personenkraftwagen, am 1. Juli 1952 900 371. Am 1. Juli 1948 gab es insgesamt 909 059 Kraftfahrzeuge, am 1. Juli 1952 3 274 602.

Die sowjetische Wirtschaftskrise

Die neueste Rede von Malenkov enthält in ihrem ersten Teil sehr interessante Bemerkungen über die wirtschaftliche Situation der Sowjets. Im folgenden geben wir nur wörtliche Zitate aus der „Täglichen Rundschau“ (v. 11. 8. 1953, S. 3 und 4):

In den letzten 23 Jahren ist die Produktion von Produktionsmitteln in unserem Lande insgesamt auf das etwa 55fache gestiegen. Die Erzeugung von Massenbedarfsgütern aber hat sich während dieser Zeit nur auf etwa das 12fache erhöht.

Mit dem erreichten Volumen der Erzeugung von Konsumgütern können wir uns nicht begnügen.

Man muß zugeben, daß wir hinsichtlich der Qualität der Massenbedarfsgüter zurück sind.

Bei uns gibt es noch viele Kollektivwirtschaften und sogar ganze Rayons, in denen die Landwirtschaft sich in vernachlässigtem Zustand befindet;...

... die Kolchosbauern in diesen Kolchosen erhalten für die geleisteten Arbeitseinheiten wenig Bargeld, Getreide und andere Erzeugnisse.

Auch in der Erzeugung von Kartoffeln und Gemüse ist ein ernster Rückstand zu verzeichnen...

... überall macht sich ein großer Mangel an Wohnungen bemerkbar.

Bei vielen Bauleuten hat sich die schlimme Gewohnheit eingebürgert, Neubauten ihrer Bestimmung zu übergeben trotz zahlreicher Unzulänglichkeiten und unachtsam ausgeführter Arbeiten, die die Qualität der Wohnungen herabsetzen und die von den Werktätigen mit Recht gerügt werden.

Es wäre falsch, die wesentlichen Mängel in der Tätigkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane zu übersehen, wodurch der Volkswirtschaft nicht geringer Schaden zugefügt wird.

Die Verluste der unrentablen Industriebetriebe beliefen sich im Jahre 1952 auf 16 Milliarden Rubel.

Erste Hilfsaktion beendet

Verteilung geht weiter — 2,6 Millionen Pakete

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Am Sonnabend endete die erste Phase der Lebensmittelhilfsaktion für Bewohner Ostberlins und der Sowjetzone. Es wurden insgesamt über 2,6 Millionen Pakete verteilt. Wie gemeldet, beginnt die zweite Phase der Hilfsaktion am 27. August. Bis zu diesem Tage können sich jedoch Einwohner der Sowjetzone weiterhin wie bisher die Spenden in Westberlin abholen.

Ab 27. August können dann auch Zonenbewohner ein Paket empfangen, die bereits während der ersten Phase der Hilfsaktion ein Paket erhielten. Die Einzelheiten über die Neuregelung der Verteilung vom

27. August an werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Wie die Senatsabteilung für Ernährung erklärte, sind die alten Ausgabestellen der Patenbezirke für die Sowjetzonen-Bewohner auch an Sonntagen durchgehend geöffnet.

Europa-Politik wird fortgesetzt

Beschlüsse der Außenminister — Vertrauensbasis gestärkt

Baden-Baden (DPA). Die Außenminister der sechs Schumanplan-Staaten bekräftigten nach ihrer zweitägigen Konferenz in Baden-Baden „auf neue einstimmig die Notwendigkeit, eine europäische politische Gemeinschaft zu schaffen“.

Die europäische Gemeinschaft soll als Gemeinschaft souveräner Staaten im Interesse aller die überstaatlichen Befugnisse ausüben, die in den bereits geltenden Verträgen begründet sind oder sich aus künftigen Verträgen ergeben. Die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sollen von der neuen Gemeinschaft aufgenommen werden. Hauptziel der Gemeinschaft bleibt die Errichtung eines gemeinsamen Marktes.

Bundeskanzler Dr. Adenauer stellte fest, daß die Konferenz die Basis des Vertrauens gestärkt habe.

Er bleibt in Holland

Amsterdam (AP). Der Trainer der ungarischen Turn-Auswahlmannschaft, Attila Farkas, der mit seiner Mannschaft nach Holland fuhr, will nicht mehr nach Ungarn zurückkehren.

Schamloser Terror

Amsterdam (DPA). Holländische Journalisten bezeichnen den Zustand, in dem sich die Bevölkerung der Sowjetzone befindet, als „mehr als trostlos“. Die Journalisten, die

bei einem Besuch der Lebensmittelveilungsstellen Berlins mit vielen Einwohnern der Zone gesprochen und auch Gelegenheit hatten, in der Sowjetzone selbst sich zu orientieren, nannten den Terror, unter dem die Bevölkerung zu leiden hat, den ausgeklügeltsten und schamlosesten, den man sich denken kann.

Soldatengräber

Kassel (DPA). Wer den Wunsch hat, für Soldatengräber im Ausland zu den diesjährigen Toten-Tagen einen Schmuck zu bestellen, kann dies bis spätestens zum 15. September bei der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Kassel tun.

Sowjetoffiziere hören Westsender

Berlin (Eigenmeldung). Seit Stalins Tod habe sich die anti-sowjetische Propaganda innerhalb der sowjetischen Besatzungstruppen in der Zone merklich verstärkt, berichtete der sowjetische Major L. N. Ronshin, der im April dieses Jahres als Kommandeur einer Abteilung der 4. Gardedivision nach Westberlin geflüchtet war. Besonders das Offizierskorps sei an allen Meldungen aus dem Westen interessiert. Etwa 95 Prozent aller Offiziere haben Radioapparate und hören regelmäßig Westsender.

Für die sowjetischen Truppen war nach Ronshins Ansicht der 17. Juni ein entscheidendes Erlebnis. Das Wesentliche war für

Millionenfonds für Zonen-Arbeiter

Berlin (DPA). Eine Kommission des Internationalen Bundes der freien Gewerkschaften hat in Berlin beschlossen, einen Fonds in Höhe von vorerst einer Million DM zur Unterstützung der Arbeitnehmerschaft in der Sowjetzone zu errichten.

An der zweitägigen Tagung nahmen führende Gewerkschaftsvertreter aus den freien Ländern teil. Es wurde ferner beschlossen, in Berlin ein ständiges Außenbüro des Internationalen Bundes der freien Gewerkschaften zu errichten. Dieses Büro soll sich mit den Problemen der Arbeitnehmer im Osten beschäftigen.

Spenden für Flüchtlinge

Berlin (DPA). Mehrere Gemeinden in den USA sind dem Spendenaufruf einer in Berlin stationierten Gruppe von US-Soldaten gefolgt und haben Kleidungsstücke für Flüchtlinge aus der Sowjetzone gesammelt und zum Teil bereits abgeschickt.

Die erste Sendung einer britischen Kleiderspende für Sowjetzonenflüchtlinge — 60 Tonnen — ist in Hamburg eingetroffen. Insgesamt wurden 500 bis 600 Tonnen von freiwilligen Hilfsverbänden britischer Frauen bereitgestellt.

sie, daß auf den Straßen tatsächlich Arbeiter demonstrieren. Aus diesem Grunde hätten viele Rotarmisten den Befehl, auf die Demonstranten zu schießen, nicht befolgt. Major Ronshin erklärte, er kenne allein 18 Fälle, in denen Rotarmisten deshalb standrechtlich erschossen wurden.

Die sowjetische Propaganda gegen den Westen bleibt bei den Rotarmisten so gut wie wirkungslos. Stalins Tod hat bei den in Deutschland stationierten Besatzungstruppen keinerlei besondere Gefühlsäußerungen hervorgerufen. Jeder fühlte sich vom Geheimdienst beobachtet und vermied es, seine Meinung laut zu äußern.

Malenkov: „Gebt uns drei Jahre Zeit . . .“

Die innere Krise des Bolschewismus — Eine aufschlußreiche Rede

Für die Politik des Westens gegenüber Rußland und damit auch für unsere künftige außenpolitische Konzeption ist die Frage von entscheidender Bedeutung, wie die Entwicklung in Rußland selbst seit Stalins Tod verlaufen ist. Lange Zeit tappte man in dieser Frage fast völlig im Dunkeln. Aber seit der letzten Sitzung des Obersten Sowjets hat sich das doch etwas geändert. In Malenkovs großer Rede hat man im Westen nur den Paukenschlag der Wasserstoffbombe gehört, der alles andere übertönte. Aber diese Rede enthielt sehr viel Aufschlußreicheres. Sie war in genau zwei gleiche Teile geteilt: die eine Hälfte gehörte der inneren, die andere der äußeren Politik. Und in der inneren Hälfte läuft alles auf die Bitte hinaus: „Gebt uns drei Jahre Zeit!“

Ein neuer Ton

Denn in immer neuen Wendungen versichert Malenkov dem Sowjetvolk, daß in zwei bis drei Jahren ein Überfluß an Nahrungsmitteln und Rohstoffen für die Leichtindustrie und damit die Aussicht auf Befriedigung der gesteigerten Lebensbedürfnisse des Sowjetmenschen gewährleistet sei. Daß es noch überall am Nötigsten fehlt, gibt er bis ins einzelne zu, er verteidigt auch den Vorrang der Schwerindustrie. Aber es klingt doch ein neuer, drängender Ton durch die Ausführungen, und der Drang scheint von den Massen zu kommen, von den vernachlässigten Bauern und den 80 Millionen „verwöhnten“ Stadtbewohnern. Es muß, abgesehen von der Notwendigkeit der neuen Herren, sich beliebt zu machen, etwas Neues aufzutreten sein in der Psychologie der Sowjetmassen; Amerikas Rußlandexperte, Botschafter Kennan, hat dies, so gedeutet: „Das sowjetkommunistische Regime hat den Gipfel seiner ideologischen Anziehungskraft überschritten, und es wird an seiner Unvereinbarkeit mit der menschlichen Natur erkranken.“

Unter der Glasglocke

Worin besteht diese Unvereinbarkeit mit der menschlichen

Natur? Viele Westler haben den Kommunisten bisher drei übermenschliche Fähigkeiten zugeschrieben: Erstens werde es ihnen ohne jede zeitliche Grenze möglich sein, ihre Massen in stumpfer Ergebenheit und Ohnmacht zu erhalten. Alle würden sich für immer damit abfinden, daß andere für sie denken, ihnen befehlen, ihre Lebensform und ihre Gefühle vorschreiben. Zweitens würde es ihnen gelingen, diese Massen nicht nur im barbarischen Osten, sondern auch auf alteuropäischem Boden ohne zeitliche Begrenzung in der Armut, Dürftigkeit und Freudlosigkeit des Arbeitssklaven zu halten, der sich damit zufrieden gibt, zu glauben, daß er ja für die künftigen Geschlechter und das bevorstehende kommunistische Reich darbt. Drittens glaubten manche, man könne einen neuen Menschen schaffen, wenn man ihn nur unter der Glasglocke der Absperrung von der Vergangenheit und von der westlichen Nachbarschaft halten könne. Deshalb sorgten wir uns so sehr um die Jugend in Mitteldeutschland, die wir in den unbarmherzigen, experimentierenden Händen der kommunistischen „Weltverbesserer“ wußten.

Die Zeitgrenze

Man darf es heute wagen, darauf zu hoffen, daß sich alle diese Thesen als auf die Dauer unhaltbar erweisen werden. Es scheint eine zeitliche Grenze für die Unterwürfigkeit, den stumpfen Gehorsam, die Unterdrück-

lung des natürlichen Denkens und Verlangens zu geben. Zudem ist der alte Klassenfeind, mit dem man einst die Lebenden schrecken konnte, verschwunden. Mit der modernen Technik ist eine neue, junge Generation herangewachsen, die ihr eigenes Lebensgefühl mitbringt. Vielleicht sind 35 Jahre ein soziologisch-geschichtlicher Abschnitt, dem nun ein anderer folgen muß. Die allgemein menschlichen Bedürfnisse nach Freude, Bequemlichkeit, Besitz, gutem Leben, Ausruhen, nach selbständigem Denken, Vergleichen, sich Unterscheiden usw. brechen nun anscheinend unüberstehlich durch die Kruste des Kollektivs. Vielleicht ist die Forderung, zugunsten der seligen Zukunft der Massen noch weitere Jahrzehnte auf die schöne Gegenwart des einzelnen zu verzichten, nun einfach nicht mehr durchzuhalten.

Mißlungene Herausforderung

Wenn Malenkov um nur zwei bis drei Jahre Zeit bittet, mag er zwar hoffen, den alten Betrug fortzusetzen, vielleicht aber weiß er auch, daß es nun nicht mehr in der bisherigen Weise weitergeht. So wäre das Drängen nach Zeitgewinn verständlich. Die Neuschaffung, die Umgestaltung des Menschen ist nicht gelungen. Sie war an sich schon eine Herausforderung Gottes. Daß sie nicht gelang, dazu wird schließlich die Berührung mit dem Westen in Krieg und Nachkriegszeit nicht unwesentlich beigetragen haben.

Verhaftungen beim SSD

Berlin (Eigenmeldung). Seit der Absetzung des ehemaligen SSD-Chefs Zaisser sind 30 führende Mitarbeiter in den SSD-Zentralen verhaftet worden. Die Verhafteten gehörten den SSD-Dienststellen in Halle, Magdeburg, Erfurt, Leipzig und Eisenach an.

Vier Bataillone geflüchtet

Berlin (Eigenmeldung). Fast vier Bataillone Volkspolizisten sind in den letzten sieben Mo-

naten nach Westberlin geflüchtet. Im Juli wurde mit 475 geflüchteten Volkspolizisten die diesjährige Rekordzahl eines Monats registriert. Insgesamt sind in diesem Jahr 1979 Volkspolizisten geflüchtet.

Patenschaft für Gemeinden

Münster (DPA). Patenschaften für 28 Pfarngemeinden in Ostberlin und 62 Pfarreien in der Sowjetzone haben 150 Pfarngemeinden der Diözese Münster übernommen.

Die amtlichen Gangster von Lichtenberg

Der SSD soll „gesellschaftsfähig“ werden - Kümmerliche Argumente der SED

Die Agitationsabteilung des SED-Zentralkomitees hat sich für die kommenden Wochen die Aufgabe gestellt, die Tätigkeit des SSD „zu popularisieren“. Hauptargument der SED soll dabei sein: „In jedem modernen Staat gibt es einen Geheimdienst und einen Abwehrapparat. Der SSD nimmt nur jene Funktionen wahr, die von solchen Institutionen auch in westlichen Ländern ausgeübt werden!“ Dieses „Argument“ fällt schon in sich zusammen, noch ehe die SED es recht vorgebracht hat:

Das kürzlich in ein Staatssekretariat umgewandelte „Ministerium für Staatssicherheit“, Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße 21, ist weder ein Geheimdienst im üblichen Sinne noch eine direkte Abwehrorganisation. Es übt vor allem keinerlei selbständige Funktion aus, sondern ist eine deutsche Sektion des sowjetischen Staatssicherheitsministeriums, des MGB. Die Umwandlung von einem Ministerium in ein Staatssekretariat erfolgte lediglich aus optischen Gründen. Sie sollte nach außen hin die Bedeutung dieser Geheimpolizei verschleiern. Der alte Sabotage-Spezialist und jetzige Staatssekretär Wollweber untersteht wie seine Vorgänger Zaisser und Mielke nicht dem sowjetzonalen Ministerpräsidenten, sondern dem sowjetischen Beauftragten des MGB für Deutschland, Rumin.

Zubringer-Organisation

Und was die Gleichstellung mit internationalen Geheimdiensten betrifft: Der SSD ist die Verbrecherorganisation für alle jene Dinge, mit denen sich das MGB in Deutschland als Institution einer Besatzungsmacht nicht befassen will.

Sämtliche Geheimdienstbliegenheiten — militärische Aufklärung wie internationale Spionage — dürfen nicht vom SSD bearbeitet, sondern müssen an die zuständigen sowjetischen Ressorts weitergeleitet werden. Der SSD ist hier nur Zubringer-Organisation der Sowjetspionage. Er darf Geheimdienstfäden aufgreifen, sie aber nicht verfolgen.

Die Abwehrtätigkeit des SSD liegt auf der gleichen Linie: Das Lichtenberger Staatssekretariat ist verpflichtet, jeden Fall an sowjetische Instanzen weiterzuleiten, der „sowjetische Interessen berührt“. Und was gibt es heute in der Sowjetzone, das die

Sowjets nicht interessiert? Ein erstaunliches Minimum an Selbständigkeit für eine „Abwehrorganisation“.

Die Westberlin-„Arbeit“

Es gibt kaum einen besseren Beweis für den rein kriminellen Charakter des SSD als sein Ressort „Westberliner Arbeit“. Kein sowjetischer Staatsbürger würde in Westberlin eine gewaltsame Entführung versuchen. Wohl aber hat das MGB „Interesse“ an manchem Westberliner. Hier beginnt Wollwebers Tätigkeitsbereich. Das SSD-Staatssekretariat führt durch seine Agenten die Ermittlungen, studiert die Gewohnheiten der in Aussicht genommenen Opfer und stellt die Fanggruppen auf.

Das Opfer aber geht in die Keller des MGB. Und auf westliche Protestnoten antwortet der jeweilige sowjetische Beauftragte empört: „Aber bitte, das ist eine innerdeutsche Angelegenheit. Uns ist davon nichts bekannt!“

Asoziale Elemente

Der SSD hat die Aufgabe, diese und ähnliche Aufträge für das MGB durchzuführen und die Auftraggeber abzudecken. In Berlin besorgt das die Dienststelle Prenzlauer Allee mit ihrem Kommandeur Morgenthal. Für Morgenthal arbeitet noch heute die einst von Hederich aufgezogene „Weinmeisterbande“, die über den SSD Berlin von der MGB-Dienststelle Rheinstraße Aufträge erhält. Die „Weinmeisterbande“ hat drei Abteilungen mit getrenntem Aufgabenbereich: Gruppe I, Beobachtungen und Fangaufträge, wird von dem Berufsverbrecher Paul Gottschalk geleitet; Gruppe II, Ermittlungen in West- und Ostberlin, besteht zum großen Teil aus Prostituierten; Gruppe III, Informationsbeschaffung, bevorzugt als Mitglieder eben-

falls asoziale Elemente. Sie wird von dem SSD-Offizier „Rudi“ geführt. Parallel dazu arbeitet die „Winkler-Gruppe“, die sich fast ausschließlich mit Aufträgen gegen politische Flüchtlinge befaßt. Alle Bandenmitglieder unterstehen dem Staatssekretariat Wollweber und genießen bei ihren Aktionen den uneingeschränkten Schutz der „Volkspolizei“.

Größte Massenorganisation

Weitaus umfassender und noch gefährlicher ist die eigentliche Aufgabe der „Staatssicherheit“, die man kaum einem Ostzonenbewohner zu erklären braucht: die Kontrolle über jede Reaktion der Bevölkerung. Es gibt SED-Funktionäre, die den SSD scherzhaft als „größte und einzige aktive Massenorganisation“ bezeichnen — nicht ohne Recht.

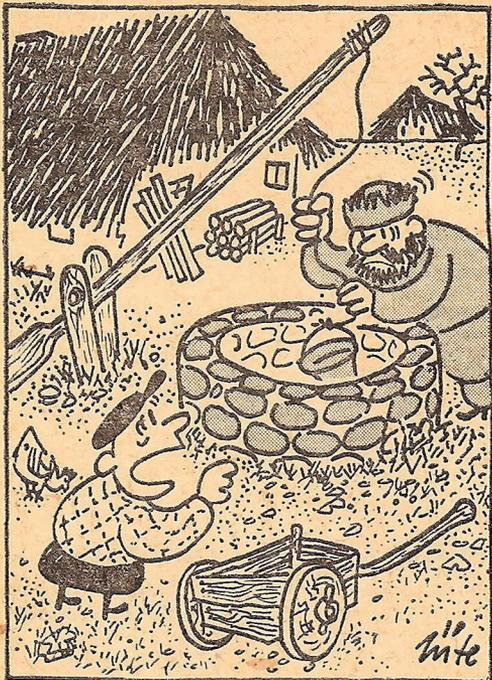
Es dürfen heute auf tausend Zonenbewohner ohne Übertreibung 12 bis 15 SSD-Spitzel gerechnet werden, die zumeist gut getarnt ihre Mitmenschen überwachen, Viele wurden durch Gewalt gefügig gemacht, und nur wenige fühlen sich wohl bei diesem Geschäft. Aber alle gehorchen.

Die „Abwehr“-Tätigkeit des SSD richtet sich nicht gegen „CIC-Agenten“ und auswärtige Gefahren, sondern gegen die von innen zu erwartende Opposition. Gegen den kleinen Bürger, dem die SED-Machthaber zuwider sind. Für ihn hält der SSD mehr als 40 Haftanstalten bereit.

Noch ist nicht ganz klar, wie die SED die „Popularisierung des SSD“ vornehmen will. Nur die große Linie ist bekannt, und die stützt sich auf ein mehr als zweifelhaftes Argument. Denn vermutlich würden sich sogar die sowjetischen Abwehroffiziere sehr verbitten, mit den Berufsverbrechern der Alex-Banden auf eine Stufe gestellt zu werden. Daß er den SSD braucht, ist nicht einmal für den kleinsten MGB-Agenten ein Grund, ihn anzuerkennen. Nur die SED hat diesen Grund, denn schließlich — was wäre sie ohne den SSD?

Technischer Fortschritt ...

Nur flüstern ...



... . Dafür haben wir aber die Wasserstoffbombe, Genosse!"

Die Genossenschaft

In Leipzig gibt es einen „Zentralvertrieb für Volkskunstmaterial“. Er wurde von der „Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten“ gebildet und vermittelt, wie es offiziell heißt, „allen Volkskunstgruppen der DDR die notwendigen Materialien für Musik, Chor, Tanz und dramatische Zirkel“.

Was sind notwendige Volkskunstmaterialien im Sinne der staatlichen Kunstkommission? Ein Chorgesang auf die Produktionsgenossenschaften zum Beispiel. Und der geht so:

(Männer):

Seht, die Sonne strahlt vom Himmel,
Endlos dehnt sich unser Feld.
Doch ein Traktor ist kein Schimmel,
Schnell sich unser Acker welt.

(Mädchen):

Hemmt kein Feldstein die Brigaden,
Gestern noch, da war es so:
Kleine Äcker, karge Saaten,
Heute lacht der Bauer froh!

(Alle):

Längst vergessen sind die Sorgen
Mit dem Ar und mit dem Morgen;
Wohlstand schafft vereinte Kraft,
Das ist die Genossenschaft!

Anschließend noch drei Strophen von gleicher künstlerischer Güte. Für die Chöre muß es äußerst schwierig sein, diese Genossenschaftshymne vorzutragen. Denn wer kann schon richtig singen, während er über den Text lacht?

Ganz falsch

Im Zugabteil sitzt ein SED-Funktionär mit Parteiabzeichen und ärgert die Fahrgäste mit seinen fortschrittlichen Vorträgen. Zu allem Übel will er auch noch wissen, wohin die einzelnen fahren. Die denken nicht daran, ihm das auf die Nase zu binden, daß sie nach Berlin wollen, um sich Lebensmittel zu holen.

„Ich will nach Schwerin“, sagt einer seelenruhig.

Der SED-Funktionär ist ganz aufgeregt: „Aber da sind Sie doch hier ganz falsch! Sie haben den falschen Anschluß!“

Sieht der andere sehr ruhig auf das Parteiabzeichen des Funktionärs und sagt bedächtig: „Sie auch.“

Der Kinderwagen

In einer mitteldeutschen Industriestadt haben die SED-Aufklärer der Bevölkerung versprochen, daß nun mit dem neuen Kurs alles besser wird. Die volkseigene Fabrik XYZ werde jetzt sogar Kinderwagen herstellen.

Aber die Kinderwagen lassen auf sich warten. „Kannst du mir nicht wenigstens mal die Einzelteile besorgen? Du arbeitest doch bei XYZ. Ich bau für unser Jüngstes den Kinderwagen selbst zusammen!“ bittet schließlich Müller seinen Freund Meyer. Der verspricht es.

Und hält Wort. Müller macht sich an die Arbeit. Er bastelt und bastelt. Ein paar Tage später trifft er Meyer wieder. „Bist du ganz sicher, daß ihr Kinderwagen herstellt?“ fragte er ihn etwas ratlos. „Weißt du, ich hab' es nämlich nun schon dreimal versucht — ich kriege aus den Einzelteilen immer einen Panzerwagen heraus...“

Ulbrichts neues Strafrecht

Walter Ulbricht hat zusammen mit Hilde Benjamin ein neues Strafrecht ausgearbeitet. Es hat nur vier Paragraphen:

§ 1

Wer etwas tut oder unterläßt, wird bestraft.

§ 2

Die Strafe richtet sich nach dem Volksempfinden.

§ 3

Das Volksempfinden erfahren die Volksrichter beim nächsten SED-Kreissekretariat.

§ 4

Für Saboteure und Verräter unter den Ministern werden die Urteile ohne Gerichtsverfahren gefällt, um eine Überbelastung des Justizapparates zu vermeiden.

Der Erde unter die Haut gefühlt

Höhlenforscher an der Arbeit — „Ein reißender Fluß“

Eine französisch-spanische Expedition, die gegenwärtig die St.-Pierre-Martin-Höhle in den Pyrenäen erforscht, hat bereits ihre ersten Erfolge zu verzeichnen: sie entdeckte in 600 Meter Tiefe einen bisher unbekanntem riesigen Felsaal, der etwa 100 Meter lang und 50 Meter hoch ist. Vom Süden dieses Gewölbes führen mehrere Gänge weiter, die augenblicklich erforscht werden. Dieses Vorhaben gestaltet sich jedoch äußerst schwierig, da die Luft dort unten nicht nur eiskalt, sondern auch stark mit Wasserdampf gesättigt ist.

Die St.-Pierre-Martin-Höhle, eines der größten unterirdischen Labyrinth der Welt, ist erst 1950 von den beiden jungen Franzosen Loubens und Lepineux entdeckt worden. Ein Jahr später schwebten sie, jeder an einem Stahlseil hängend, in den engen senkrechten Schacht hinunter, um die Höhle systematisch zu erforschen.

In einer Tiefe von 200 Metern stürzten Wasserkaskaden auf die Forscher. Eine Nacht verbrachten sie in einer Grotte. Sodann wagte Loubens allein den

weiteren Abstieg, bei dem es ihm gelang, bis zu 502 Meter vorzustoßen. „Hänge vor einer riesigen Grotte... unter mir ein reißender Fluß... bin fertig... breche jetzt ab“, sagte er durch das Kehlkopftelefon und ließ sich hochziehen.

Das war im August 1951. Wieder ein Jahr später kehrten die Forscher zur St.-Pierre-Martin-Höhle zurück. Ihre Ausrüstung war besser denn je: Sauerstoffgeräte, Helme mit Blendlaternen, Polarzelte, Schlauchboote zur Überquerung unterirdischer Wasserläufe. Aber Loubens stürzte schon beim Abstieg 40 Meter tief ab.

Der tragische Tod dieses Forschers konnte jedoch seine Kameraden nicht davon abhalten, die gefährliche Höhle weiter zu erforschen. 13 Tage nach dem

Unglück tauchte die Farbe, die man in einen in 300 Meter Tiefe durch die Höhle dennernden Fluß geschüttet hatte, sechs Kilometer von dem Labyrinth entfernt in einem Wasserfall wieder auf. Weiter fanden die Forscher in der Nähe der Höhle kleine Bodenöffnungen, aus denen ein starker Strom kalter Luft blies. Diese Luft hatte die gleiche Temperatur, die in der Höhle herrschte. Die „Hintertür“ war gefunden.

Die diesjährige Expedition will nicht allein den Entdeckergeist ihrer Mitglieder befriedigen, sondern auch praktische Arbeit leisten: Untersuchung der Gesteinsmassen auf Radioaktivität, Forschung nach organischem Leben in der Tiefe, Feststellung des Laufs der unterirdischen Flüsse. Weiter wollen die Forscher prüfen, ob die Wasserläufe zur Gewinnung elektrischer Kraft gestaut werden können.

Riesenflugzeug in Frankfurt

Größte Transportmaschine der Welt — 60 Tonnen Nutzlast

Das größte Transportflugzeug der Welt, die sechsmotorige XC 99 der amerikanischen Luftstreitkräfte, parkte am Sonnabend auf dem amerikanischen Militärflughafen Rhein-Main.

Das Flugzeug ist aus dem Bomber B 366 entwickelt.

Die XC 99 hatte rund 30 Tonnen Fracht und 25 Mann Besatzung.

Sozialistische Ferien in der UdSSR

Erholung mit Staatsurlaubnis — Jährlich 4 Millionen

Die Erholungsreisen der Sowjetbürger unterscheiden sich vollkommen von dem, was man in der westlichen Welt unter Ferien und Erholung versteht. Zunächst kann durchaus nicht jeder verreisen: Ein Recht auf Einweisung in einen Kurort haben nur Berufstätige. Laut amtlicher Statistik können jedes Jahr vier Millionen Werktätige ihre Ferien außerhalb ihrer Heimatorte verbringen. Da es in der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft rund 72 Millionen Arbeiter und Angestellte gibt, hat jeder Arbeiter alle 18 Jahre einmal die Chance, sich in einem Kurort zu erholen. Aber auch diese Berechnung ist illusorisch, da vor allen Dingen Parteifunktionäre, Stachnowarbeiter, Offiziere, Brigadiere und die Angehörigen der Verwaltungskaste mit der Fe-

rienreise ausgezeichnet werden.

Der Arbeiter, der die Genehmigung für eine Erholungsreise ergattert, kann nicht ohne weiteres Frau und Kinder mitnehmen. Gelingt es ihm doch, wird er von seiner Frau im staatlichen Kurort getrennt. Entweder kommen beide in verschiedene Sanatorien oder mindestens in getrennte Schlafsäle, denn Einzelzimmer gibt es nur in den besonderen Erholungsheimen für die „Elite“ der Sowjetunion. In den allermeisten Fällen wird der mit einem „Ferienpaß“ ausgezeichnete Arbeiter also seine Reise allein antreten. Den Erholungsort kann er sich nicht selbst aussuchen, sondern muß mit der Ortsangabe zufrieden sein, die man in seinem „Ferienpaß“ vermerkt hat. Fahrt, Unterkunft und Verpflegung mußte er lange vorher bezahlen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

zung an Bord. Für den Flug von seinem Heimathafen in Texas nach Frankfurt brauchte es 31 Stunden. Es war das erste Mal, daß diese zweistöckige Riesenmaschine den Ozean überquerte.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.